

Eine Wende zu viel

geschrieben von Admin | 15. Juli 2023

Von Günter Keil

Mit den Wenden haben die vergangenen Regierungen einschließlich der jetzigen den Eindruck von vorausschauender und großartiger Politik verkünden wollen. Die ersten waren noch recht bescheiden – und hießen auch gar nicht so. Da gab es z.B. die probierte Veganwende in Berlin, die aber an den uneinsichtigen Essern scheiterte und deren Schicksal die Grünen lange verfolgte. Sehr wirksam war hingegen die Auto-Wende mit batterieelektrischem Antrieb. Das hatte die Bundespost schon lange zuvor mit ihren Auslieferungs-Kleinbussen vorgeführt (natürlich mit Blei-Säure-Akkus) – die nach einiger Zeit gnadenlos abgeschafft wurden, weil der Dieselantrieb billiger war. Noch heute kann man eine große Zahl von ihnen bewundern; sie stehen in Aachen in einer Halle. (Auskunft bei Prof. Alt, FH Aachen). Aber jetzt haben wir die richtige Batterie-Autowende, nachdem die EU und etliche Nationalstaaten das – selbstverständlich mit riesigen Subventionen – beschlossen hatten. Da haben wir gleich ein typisches Merkmal sämtlicher Politwenden: Was da angeordnet wird, war irgendwann früher schon mal gescheitert und wird als Waffe gegen ein erneutes Scheitern gegen die Kräfte des Marktes mit Steuergeld subventioniert. Was die Autoantriebswende anbelangt, ist ihr Urteil noch nicht gesprochen: Spätestens wenn es mit der Lebensdauer der extrem teuren Li-Ionen Batterien zu Ende geht, wird das Wehgeschrei der Besitzer ertönen – und wegen der faktischen Unbezahlbarkeit und des haushaltspolitisch leider unvermeidlichen Subventionsausfalls bei einer Neubeschaffung wird der Markt am Ende gewinnen. Allein der Markt.

Die bisher wirksamste, aber ebenfalls nicht unbedingt vorausschaubar konstruierte Wende war und ist die Riesenpleite Energiewende. Sowohl großartig wie auch langfristig wirkend ist der damit angerichtete Schaden – so ist das Wort „wirksam“ zu verstehen. Diese Wende könnte sogar den Industriestandort Deutschland ruinieren: Mit Arbeitslosigkeit und Massenauswanderung. Jedenfalls, wenn eine kommende Regierung nicht mit dieser Wende Schluss macht. Das ist jedoch unwahrscheinlich, weil die Lobby, die an der Wende bestens verdient, zu stark geworden ist. Voraussage nicht möglich.

Und damit kommen wir nun zur neuesten Wende: Zur Heizungswende. Sie wird GEG genannt- für Gebäude-Energie-Gesetz. Dieses Gesetz ist im Gegensatz zu früheren Wenden nicht auf eine Umerziehung der Bevölkerung ausgerichtet, sondern auf die Vernichtung einer bewährten, massenhaft eingesetzten Heizungsart: Die böse „fossile“ Erdgasheizung. Weiterhin auf die Ausplünderung der Mieter und Hausbesitzer durch extreme, für Viele unbezahlbare Kosten. Dieser von dem bisherigen im Wirtschaftsministerium eingesetzten Staatssekretär und Habeck-Freund Graichen wahrlich verbrochene Gesetzesentwurf wurde von seinem Minister

Habeck offenbar als sehr gut beurteilt und in mehreren Erklärungen als eminent wichtige Maßnahme zum Erreichen des deutschen Klimaschutz-Ziels gelobt. Dann ging es zum Bundeskanzler, der auch nichts Kritisches daran fand. Herrn Graichen traf aber gleichzeitig eine mittlere Katastrophe, die wegen seiner Bevorzugung von Verwandten und Freunden bei Stellenbesetzungen und Zuwendungen geschah. Die seinen Chef Habeck, der zunächst keine Reaktion zeigte, bei weiteren Enthüllungen schließlich doch zwang, Graichen zu entlassen. Es hätte ihn sonst selbst in Gefahr gebracht.

Dann begründete er diese Entlassung mit dem ab jetzt vermutlich klassischen Satz:

Das war ein Fehler zu viel.

Dass diese Erkenntnis auch auf das gesamte GEG zutraf, meinte er nicht. Er hatte Graichen ja nicht wegen Unfähigkeit entlassen. Es war nur ein dummer Zufall... Auf diese Weise bekommt man aber immerhin eine passende Überschrift, die vielleicht auch auf die Lebensdauer der Ampelregierung passt.

Die folgenden Ausführungen betreffen Energie- und Heizwende gleichermaßen.

Kritikpunkte zum GEG 1. Die fehlende Begründung zu der angeblichen Klimaschutzwirkung, also zu den mit Wärmepumpe erreichbaren Emissionszahlen im Vergleich mit Gasheizungen. Es ist auffällig und bezeichnend, dass der von Herrn Graichen produzierte Gesetzesvorschlag nur die Behauptung enthielt, es handle sich dabei um eine sehr wichtige und entscheidende Maßnahme zum Erreichen des deutschen Klimaschutz-Ziels. Als wichtigstes Element der Heizwende wurde die Luftwärmepumpe (WP) bestimmt. Sie soll die Gasheizungen ersetzen. Es fehlt jegliche Beweisführung – insbesondere Berechnungen.

Die Begründung für das GEG besteht daher allein aus einer nicht belegten Behauptung; also nur aus einem Wort. Und kein Politiker und auch keine Zeitung haben bislang diese Frage gestellt.

Diese Nachprüfung erfolgte durch zunächst Prof. Fritz Vahrenholt. Seine publizierte Bewertung (Lit. 1) bewies, dass die Wärmepumpe einer (abzuschaffenden) Gasheizung in Bezug auf die CO₂-Emissionen keineswegs überlegen ist. Von uns wurden seine Erkenntnisse auf die realen Einsatzbedingungen im Winter angewendet, und zwar bei den Millionen älterer Einfamilienhäuser, die keine Niedrigenergie-Gebäude sind. (Lit.3).

Das Ergebnis lautet: Die Wärmepumpe ist je nach Außentemperatur im Winter mit ihrer CO₂-Emission (durch den hohen fossilen Anteil im elektrischen Strom, den sie verbraucht) zweifach bzw. sogar dreifach der Gasheizung unterlegen – somit deutlich klimaschädlicher als diese. (Berechnung in Lit. 3). Die einzige angegebene Begründung für das neue

Gesetz ist eine Fälschung.

Unsere Berechnung beruht auf den von Prof. Vahrenholt angeführten Zahlen für den Vergleich von Energiemengen und CO₂-Emissions-Massen bei Gasheizungen und elektrisch angetriebenen Wärmepumpen (also deren CO₂-„Fußabdruck“ im Strommix); ferner wurden die in der Grafik (s. Anlage) abzulesenden Leistungs-Kennzahlen der Wärmepumpen bei winterlichen Außentemperaturen in der Berechnung verwendet. Diese Berechnung ist sehr einfach – sie passt auf den sprichwörtlichen Bierdeckel. Weshalb Herr Graichen das klare Resultat unterschlagen hat (unter der Annahme, dass er es überhaupt verstand) ist nicht bekannt. Die im Ministerium vorhandenen zahlreichen Fachleute sind offensichtlich nicht an dem GEG-Entwurf beteiligt worden. Das scheint auch bei dem wissenschaftlichen Dienst des Parlaments ebenso gewesen zu sein. So entstand jedenfalls ein sinnloses Wende-Gesetz.

2. Die klimaschädlichen Heiz-Wärmepumpen sind extrem teuer. Zumindest das ist in der bisherigen Diskussion kritisiert worden. Dass diese enorme finanzielle Belastung zudem nicht nur überflüssig, sondern auch noch in Bezug auf den angeblichen Klimaschutz massiv schädlich ist, wurde in den Medien nicht angesprochen. Prof. Vahrenholt hat dies in einer späteren Stellungnahme beklagt. Wenn es um das Klimatabu geht, wird Kritik ungern von den Medien publiziert.

3. Das Argument, man könnte die WP auch im Sommer zur Warmwasserbereitung nutzen, ist ebenfalls nicht stichhaltig: Dafür werden stets billige Durchlauferhitzer an den gewünschten Orten installiert und die kurzen Nutzungszeiten verursachen nur geringe Kosten. Diese Geräte kosten 200-300 Euro. Die WP ca. 30.000 Euro. Diese Kosten amortisieren sich niemals. Und die Klimawirkung ist auch im Sommer kaum messbar.

Was dabei verschwiegen wird: Gasthermen versorgen Heizkörper, aber nicht Warmwasserverbraucher im Haus. Und der Wärmepumpen-Ersatz gleichfalls nicht. Die Idee, die Wärmepumpe für diesen Zweck einzusetzen, erfordert die Installation eines zusätzlichen Warmwasser-Rohrleitungsnetzes im ganzen Haus. Das käme zu den Beschaffungs- und Installationskosten der Wärmepumpe noch hinzu.

4. Was sind die Gründe für dieses Gesetz ? Dass es von Herrn Graichen überhaupt verfasst und der BMWK-Leitung (Min. Habeck) vorgelegt wurde, hat m.E. zwei Gründe: o Herr Graichen hat es entweder allein oder mit seinem Agora-Clan erarbeitet. Die im Hause verfügbaren Fachleute können einfach nicht beteiligt worden sein. Dafür sprechen Berichte über Graichens Behandlung von Untergebenen, die offenbar lieber geschwiegen haben, anstatt sich mit Kritik zu melden. o Der Grund, weshalb Graichen dieses Werk schuf, ist offenbar die totale Ablehnung und Abschaffung sämtlicher „fossilen“ Energieträger; hier das Erdgas. Das sollte sein Beitrag zum Klimaschutz sein. Habecks Zustimmung und Weiterleitung an das Kanzleramt beruhte anscheinend auf der Bewunderung seines

wichtigsten Energie-Experten. Dass nicht einmal der Wissenschaftliche Dienst der Regierung befragt wurde, gehört zu diesem System.

Dass die hier Graichen-Clan genannte Personengruppe, die offenbar noch immer im Leitungsbereich des Ministeriums (z.B. Ministerbüro) weiter existiert und Graichens letztes Werk verteidigt, beweist die Antwort des BMWK an die von Herrn Kubicki (FDP-Vize) gestellte Reihe kritischer Fragen. Die erteilte Antwort war ein in allen Punkten falsches Werk, das beinahe einer Beleidigung der Fragesteller gleichkam.

5. Die betroffenen Wirtschaftsverbände kritisierten nur die Kosten und das vorgeschriebene Verfahren. Die Absurdität des gesamten Gesetzeswerks wurde immerhin klar erkannt: Denn die darin vorgesehene unglaubliche Belastung von Mietern und Hauseigentümern war deutlich genug. Man scheint jedoch fast alles hinzunehmen, was sich diese Regierung an Wenden und Programmen ausdenkt. Auch ein jetzt „milderes“ GEG, dessen Ziele und Methoden sich kaum geändert haben.

6. Das Vermeiden von Berechnungen als Methode Zu den wichtigsten Methoden vor allem der grünen Politiker gehört das Vermeiden von Berechnungen der Folgen von Visionen. Der Grund dafür ist deren oft unerwünschte Wirkung. Denn ein konkreter und eindeutiger Beweis der Unwirksamkeit oder sogar Schädlichkeit der Reaktivierung von altbekannten Techniken, die einst zu Recht in der Mottenkiste der Wirtschaft gelandet sind, stört deren Wiedererweckung, die stets mit hohen Subventionen vor dem abermaligen Aus geschützt werden müssen. Man könnte annehmen, dass Berechnungen als abzulehnende „rechte Kritikform“ angesehen werden.

7. Eine eigenartige Vorliebe für elektrische Lösungen in der Energiewirtschaft. Die Elektrifizierung scheint für die Grünen die stets beste Lösung für alle technischen Problembereiche zu sein. Das führt auch dazu, dass selbst beim Vorliegen besserer nichtelektrischer Techniken eine elektrische Variante zu bevorzugen ist. Der Autor dieses Artikels ist Diplomingenieur der Elektrotechnik und gewiss kein Gegner dieser für zahllose Anwendungen idealen Technik. Aber wo sie schlicht ungeeignet ist, kann sie nicht befürwortet werden. Eine Technik darf nicht zu einer Religion und auch nicht zu einer sog. Wende werden, mit der man technische Laien (Bürgermeister, Lehrer, Bankangestellte, Abgeordnete ?) beeinflussen – und dann zu Subventionszahlern machen kann. Dass dies immer wieder gelingt, kann man an der Elektromobilität (im Gegensatz zu der abzulehnenden Fossilomobilität), an der Photovoltaik (Solarstrom), an der Windkraft und neuerdings an den längst industriell eingesetzten Wärmepumpen feststellen, die sich allerdings nur in weitaus höheren Leistungsklassen und bei deutlich geringeren zu überwindenden Temperaturunterschieden rentieren. Der technische Elektro-Heiligenschein gilt jedoch nicht für die Kernkraft.

8. Wasserstoff An dieser Stelle muss auch das überwiegend von der Politik, aber kaum von Fachleuten der betroffenen Branchen als geradezu

wichtigste Neuerung im Heizungsbereich und auch noch für die KFZ hochgejubelte Brenngas Wasserstoff erwähnt werden. Auch das gehört zu den politischen Hoffnungsthemen der Energieversorgung. Die Bewertung der Experten ist – vorsichtig ausgedrückt – überwiegend skeptisch. Es würde zu weit gehen, wenn man hier sämtliche Kritikpunkte zusammenstellen wollte. Als (teilweise kaum lösbare) Probleme sei aufgezählt: Wasserstoff muss unter hohem Strombedarf elektrolytisch erzeugt werden.

Genügend große Elektrolyseanlagen existieren nicht. Der Stromverbrauch ist teuer. H₂ ist in den vorhandenen Gasleitungen nicht transportierbar, weil H₂ durch Metalle hindurch diffundiert, was zumindest hohe Verluste zur Folge hat. Eine Beimischung von H₂ im Gasnetz ist auf 4% begrenzt. Eine Versorgungs-Infrastruktur gibt es nicht. Wenn es die geben sollte, wäre die Sicherheitslage mehr als problematisch. Etwas noch gefährlicheres als H₂-Tankstellen kann ich mir nicht vorstellen. Die Lobby verspricht Sicherheit. Seetransport in tiefgekühlter flüssiger Form ist unvorstellbar. Man will stattdessen z.B. Ammoniak transportieren – also zwei Umwandlungen mehr. Für mich ist und bleibt Wasserstoff ein Wort, aber keine sinnvolle, bezahlbare und sichere Technik. Die Mohrrübe vor dem Eselskopf.

9. Das beispielhafte Energieprogramm Dänemarks: Der EnergiPlan. Und die erfolgreichen Vorläufer-Pilotprojekte Deutschlands im EU-Projekt „High Combi“.

Die Kritik an der deutschen Energiepolitik, die auch vorige Regierungen betrifft, wird wohl noch klarer, wenn man die Politik der Nachbarländer betrachtet. Das interessanteste Beispiel bietet Dänemark. (Lit. 5 und 6).

Die Energiepolitik unseres Nachbarn Dänemark hat die gleichen Ziele wie die deutsche, ist jedoch in jeder Beziehung geradezu konträr – und bewundernswert erfolgreich. Man betrachte deren EnergiPlan. Der entscheidende Unterschied liegt in der Art der Nutzung der Sonnenenergie: Solarthermie statt Solarstrom. Eine entscheidende Rolle spielt dabei der im Vergleich zu Deutschland viel größere Ausbau des Fern- und Nahwärmenetzes. Diese Lösung weist zwei Vorteile auf: Solarstrom kann man nur in sehr kleiner Menge speichern; es ist schlicht zu kostspielig. Wärme kann man preiswert speichern. Der geradezu enorme Vorteil liegt an der beliebig großen Speicherfähigkeit der zur Sommerzeit mit großflächigen Solarkollektoren gesammelten Wärme. Dafür baut man geradezu riesenhafte Erdspeicher, die z.T. bis zu 70 Meter Tiefe reichen. Damit kann man die mit 40°C Temperatur gespeicherte Wärme im Winter an die Nahwärmenetze abgeben, nachdem in Heizwerken die Temperatur auf 75 °C erhöht worden ist.

Das Ziel dieses landesweiten Ausbaus der Solarthermie ist die Versorgung des Landes mit 50% Heizungswärme aus der Sonneneinstrahlung in den kommenden Jahren.

Der zweite Vorteil besteht in der knapp hundertprozentigen Nutzung der gesamten Energie der Sonneneinstrahlung, die im Rot- und Infrarot-Wellenlängenbereich besonders stark ist, und deren Speicherung. Die Fotovoltaik kann nur ca. 25% der Lichteinstrahlung im kurz- und mittelfrequenten Spektrum umwandeln. Die Sonnenwärme-Kollektoren sammeln daher weitaus mehr Energie pro Fläche – und zwar genau in Form der Energie, die man haben will: Wärme.

Dass die deutsche Regierung die in dem EU-Projekt High Combi – zusammen mit anderen Ländern, auch Dänemark – beeindruckende Erfolge vorzuweisen hatte, aber anschließend nichts mehr in dieser Technik fortführte, bleibt unverständlich. Das erarbeitete Wissen blieb hier ungenutzt. Ob die zahlreichen beeindruckenden deutschen Pilotprojekte heute noch Wärme an die Kommunen liefern können, ist nicht bekannt. Man sollte dem vielleicht nachgehen. Aber der deutsche Ausstieg aus dieser (nichtelektrischen) Technologie bleibt offenbar bestehen, denn neue Folgeprojekte der damals aktiven Bundesländer sind nicht in Planung. Das wäre jedoch die zwingende Voraussetzung, denn die heutige Regierungskoalition wird es nicht tun.

Der andere erfolgreiche Weg, den Frankreich unbeirrt fortsetzt, ist der weitere Ausbau seiner Kernkraftwerke, die im Vergleich zum inzwischen kernkraftlosen Deutschland eine wesentlich billigere Stromversorgung ermöglichen. Was zu einer starken Nutzung elektrischer Heizungen geführt hat. Dieser Weg bleibt Deutschland wohl verschlossen. Dafür gibt es den von unseren Nachbarn geprägten Begriff: „Le German Angst“.

Wende oder Kehrtwende – das ist hier regelmäßig die Frage.

Literatur

1. Prof. Fritz Vahrenholt, „Das Wärmepumpendesaster“, 7.4.2023; EIKE-Institut;
<https://eike-klima-energie-eu/2023/04/07/das-waermepumpendesaster-von-fritz-vahrenholt/>

2. Dr.-Ing. Günter Keil, Dr.rer.nat.Klaus Tägder: „Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Energie und Umwelt AGEU zum Vorschlag des BMWK für ein Gebäudeenergiegesetz“, <https://eike-klima-energie.eu/2023/06/01>

3. Gunter Weißgerber: „Wollt Ihr die totale Wärmepumpe ?“, 7.4.2023, <https://www.achgut.com/artikel/wollt-ihr-die-totale-waermepumpe> Vom gleichen Autor: „Die sozialen Folgen des Wärmepumpendiktats“, 8.4.2023, <https://www.achgut.com/artikel/die-sozialen-folgen-des-waermepumpendiktats>

– 7 –

4. Klaus Müller: „Wärmepumpen als Heizungen? Kritische Betrachtung ihrer

Umweltfreundlichkeit“, Berliner Zeitung, 16.4.2023, file:///C:/Artikel, Vorträge, leserbriefe, zitate/artikel_2023/experte_warnt_waermepumpen_in_altbauten_klimaschaedlicher_als_gasheizungen.html

5. Sabine E. Rädisch: „Solare Fernwärme um 3-4 ct/kWh nur in Dänemark möglich?“, 4.12.2013, <https://blog.paradigma.de/solare-fernwaerme-um-3-4-ctkwh-nur-in-daenemark-moeglich/> (mit Landkarte zur Lage und Größe der Projekte in DK).

6. Günter Keil: „Solarwärme: Die ungenutzte Alternative.“ 24.3.2015, www.ageu-die-realisten.com/archives/category/energie/solarenergie

– 8 –

Wie errechnet man Hitzetote?

geschrieben von Admin | 15. Juli 2023

Viele Menschen, die an oder nach heißen Tagen sterben, werden neuerdings als „hitzebedingte Sterbefälle“ klassifiziert und vom RKI fleißig mitgezählt und verkündet. In vereinfachter Sprechweise werden daraus dann „Hitzetote“ und aus denen wiederum „Klimatote“.

Von Thilo Spahl

„Die Folgen der Klimakrise sind auch in Deutschland und in Europa angekommen“, sagte Bundesumweltministerin Steffi Lemke(Grüne) Ende Juni auf der Pressekonferenz mit Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD), bei der Deutschlands erster nationaler Hitzeschutzplan vorgestellt wurde. Und Lauterbach kündigte an: „Wir haben zu wenig gemacht in der Vergangenheit – das wollen wir jetzt nachholen.“

Deutschland nimmt sich also wieder einer großen Herausforderung an, und die besteht darin, uns zunehmend „Klimatote“ unterzujubeln. Nun werden viele Menschen, die an oder nach heißen Tagen sterben, als „hitzebedingte Sterbefälle“ klassifiziert und vom RKI fleißig mitgezählt und verkündet. In vereinfachter Sprechweise werden daraus dann „Hitzetote“ und aus denen wiederum „Klimatote“. Denn der eigentliche

Zweck der Übung ist es, die bröckelnde Großerzählung vom Klimawandel als dem Weltproblem schlechthin zu stützen.

Schnell werden vulnerable Gruppen ausgerufen: Alte, Kranke und Kinder. Herr Lauterbach spricht von 5000 bis 20.000 Todesfällen jährlich. Und diese Todesfälle seien vermeidbar. Benötigt werde daher eine Hitzeschutzkampagne, Warnsysteme und Präventivmaßnahmen. Den Anfang macht unter anderem das Hitze-Warnsystem des Deutschen Wetterdienstes (DWD). Da wird violett eingefärbt, wo mehr als 32 Grad Celsius herrschen. Da das nicht so besonders oft vorkommt, hat man sich einen besonderen Kniff ausgedacht. Gemeint sind nicht 32 Grad auf dem Thermometer, sondern „gefühlte“ 32 Grad.

Der DWD hat nämlich mit dem sogenannten „Klima-Michel-Modell“ eine Kenngröße entwickelt, die eine Aussage über das durchschnittliche subjektive Temperaturempfinden des Menschen ermögliche. Während ich diese Zeilen schreibe, ist praktisch ganz Deutschland lila eingefärbt, während auf der „normalen“ Wetterkarte nur ein Ort (Köln) tatsächlich 32 Grad aufweist. Richtig crazy wurde es aber erst am vergangenen Sonntag, Lauterbach twittert eine Wetterkarte, die röter als rot ist. Trotzdem warb er einen Tag zuvor enthusiastisch für den Besuch der Christopher-Street-Day-Parade ausgerechnet in Köln (und hat wohl schon wieder vergessen, dass dort der Thermoexitus droht).

Nicht vom schönen Wetter blenden lassen

Das RKI steuert einen wöchentlichen Hitzeradar bei. Der läuft gut an. In der 23. Kalenderwoche (KW 23) sind es 30 geschätzte Sterbefälle, davon 20 männliche in der Altersgruppe 85+ und 20 weibliche, ebenfalls 85+. Nanu, seit wann ergeben $20 + 20 = 30$? Wir erfahren es im Kleingedruckten: „Um den Schätzcharakter zu betonen wird die geschätzte Anzahl hitzebedingter Sterbefälle auf die Zehnerstelle gerundet angegeben. Daher stimmen die Summen nur in etwa mit den Gesamtwerten überein.“ In der KW 24 kommen wir schon auf 110 ($10+20+70+10+10+40+20+30$), in KW 25 springen wir, pünktlich zum Sommeranfang, auf 640, wobei zu beachten ist, dass die Zahlen kumulativ sind, also alle Toten der Saison bis dahin umfassen. Der steile Anstieg ist kein Wunder, das RKI teilt uns auf Twitter mit: „Aufgrund der hohen Wochenmitteltemperatur ($21,5^{\circ}\text{C}$) in KW 25 (19.-25.6.) gehen Auswertungen mittlerweile von bereits ~640 hitzebedingten Todesfällen in diesem Sommer aus.“ (Der objektive Charakter der Zahl wird dadurch bekräftigt, dass nicht irgendwelche Menschen, sondern „Auswertungen“ davon ausgehen. Aber können Auswertungen wirklich von etwas ausgehen?)

Natürlich gibt es diverse Aufklärungsseiten, und zweifellos werden es schnell immer mehr. Etwa die vom Bund geförderte und von der LMU München betriebene Seite hitzeservice.de oder die Website [Klima Mensch Gesundheit](http://KlimaMenschGesundheit.de) der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Dort erfahren wir, dass wir uns nicht vom schönen Wetter blenden lassen dürfen: „Die nächste Hitzewelle kommt bestimmt! Auch wenn die meisten

Menschen die warme Jahreszeit genießen, sollten Sie sich Gedanken über die gesundheitlichen Risiken von hohen Temperaturen machen – diese reichen von Hitzeerschöpfung über Hitzschlag und Sonnenbrand bis hin zum gefährlichen Hitzekollaps.“

Die bayerische Sonderbeauftragte für Klimaresilienz und Prävention, Professorin Claudia Traidl-Hoffmann, die auch im neuen Hitzeschutzgremium von Lauterbach sitzt, sagt: Hitze „kann zur Naturkatastrophe werden, wenn wir viele aufeinanderfolgende Hitzetage haben. Also Tage mit mehr als 30 Grad. Das wird immer häufiger passieren. Wir werden dadurch viele Menschen verlieren. Darum brauchen wir umfangreiche Maßnahmen.“ Nötig sei nicht nur eine Feuerwehr, sondern auch eine „Hitzewehr“, die bei längeren Hitzeperioden reagieren kann. Die Dame hat offenbar ihr Thema gefunden. Schon im letzten Jahr hat sie sich mit der Schlagzeile „Klimawandel macht krank von Kopf bis Fuß“ in Position gebracht. Aber wird sie es mit Professorin Dea Niebuhr aufnehmen können? Die beklagt, das Hitzewarnsystem greife zu spät und fabuliert schon einmal von „Wüstentagen“.

Klimawandel tötet und Lauterbach rettet

Es wird sich wohl nicht vermeiden lassen.

Die *Hitzeschützer*innen* formieren sich. Es geht los mit Webseite und Warnsystemen. Dann schaut man, wie es anläuft, um möglichst schnell das Hitzeschutzgedöns weiter auszubauen und möglichst bald zum „Auslösen von Interventions- und Kommunikationskaskaden“ zu gelangen, wie es im Papier des BMG heißt. Wie dringend wir das benötigen, kann man leicht daran erkennen, dass Deutschland auf der „Liste der Länder nach Temperatur“ auf Platz 188 mit einer Durchschnittstemperatur von 9,5 °C steht, also zu den kältesten Ländern der Welt zählt.

Natürlich sollte man darauf achten, dass alte Leute an heißen Tagen genug trinken und sich möglichst im Schatten aufhalten. Aber um die geht es Herrn Lauterbach nicht. Ihm geht es darum, eine Botschaft zu verbreiten, die da heißt: Klimawandel tötet und Lauterbach rettet. Wir sollten antworten: Schönen Dank. Aber wir wissen selber, dass wir bei Hitze genug trinken und besser im Schatten bleiben sollen. Wir wussten das sogar schon, als es bei Temperaturen jenseits der 30 Grad hitzefrei statt Katastrophenalarm gab.

Alles, was Sie über die realen Gefahren von schönem Sommerwetter wissen müssen, lesen Sie in meinem Artikel „Die Klimawandeltoten des Statistischen Bundesamtes“. Dort erfahren Sie auch, wie viele Menschen tatsächlich sterben, während das RKI uns ja nur mitteilt, wie viele laut „Modellrechnungen“, die bekanntlich in den letzten Jahren den Ruhm dieses Instituts begründet haben, als „hitzebedingte Sterbefälle“ bezeichnet werden.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Novo-Argumente.

Thilo Spahl ist Diplom-Psychologe und lebt in Berlin. Er ist freier Wissenschaftsautor, Mitgründer des Freiblickinstituts und Novo-Redakteur. Mehr von Thilo Spahl lesen Sie im Buch „Schluss mit der Klimakrise. Problemlösung statt Katastrophenbeschwörung“.

Klimawandel und Energiewende – der Skandal des Jahrhunderts

geschrieben von Admin | 15. Juli 2023

von **Ulrich Wolff**

Die Grundlage des vom IPCC kolportierten Klimawandels ist ein sog. „radiative forcing“ des CO₂, eine konzentrationsabhängige Vergrößerung der energetischen Rückkopplung des atmosphärischen Treibhauseffektes um einige W/m². (1) Weil die stochastische Komplexität des Wetters weder eine mathematische Lösung noch eine Messung erlaubt, werden vereinfachte Modelle benutzt, die nicht einmal Wechselwirkungen mit den dominanten Aerosolen des atmosphärischen Wasserkreislaufes erfassen können.

Verborgen bleibt daher, dass diese Aerosole die Interaktion des CO₂ mit den Energieflüssen mit großer Wahrscheinlichkeit gegenläufig kompensieren. (2) Die so erhaltenen Zahlenwerte werden auf obskure Weise zu einer globalen mittleren Temperatur gewandelt. Es resultiert eine vorgeblich bedrohliche Abhängigkeit dieser Temperatur von der mit der Nutzung fossiler Brennstoffe steigenden Konzentration des CO₂ in der Atmosphäre. Auch der Einfluss der Ozeane wird nicht beachtet. Folgend ist daher zu prüfen, ob und wie sich der Wärmespeicher Ozeane in dieses Konstrukt einordnet:

Dominante Wärmespeicher der Erde sind bekanntlich ihre Ozeane: 1.332 Milliarden Kubikkilometer Wasser mit einer mittleren Tiefe von 3.800 m bedecken 71 % der Erdoberfläche, besorgen exklusiv die Wasserversorgung des kleineren Festland Anteils und steuern wesentlich das Wetter und seine Statistik, das Klima. Ihre Enthalpie, ihren Wärmehalt kennzeichnet eine Wassertemperatur von 287±16K. Als Folge der Dichteanomalie des Wassers überschreitet nur ein kleiner Wasseranteil nahe der Oberfläche Temperaturen von 271- 274 K. Diese Temperaturen bewegen sich gegenwärtig zwischen 303 K am Äquator und 271 K in den

Polarzonen.

Mit einem mittleren Zufluss von Solarenergie, der deutlich kleiner ist als 240 W/m^2 hat sich das gesamte Wasser der Ozeane um etwa 255 K über eine Temperatur von 32 K erwärmt, die sich mit der Erdwärme allein einstellen würde. Der Erhalt dieses Zustandes ist nur möglich, wenn die Größenordnung der mittleren Durchflusszeit absorbiertes Solarenergie durch das Wasser der Ozeane etwa 200 Jahre beträgt. (3) Diesen Vorgang kennzeichnen Wasserkreisläufe deren komplexe Struktur ihre mathematische Erfassung unmöglich macht.

Es überrascht, dass sich die lokalen Wassertemperaturen an der Oberfläche der Ozeane im Tagesverlauf nicht verändern. . Offenbar wird Strahlung weder an ihrer Oberfläche noch unmittelbar darüber absorbiert und in Wärme gewandelt. Das eliminiert auch ein vermeintliches „radiative forcing“ des CO_2 , das aber von den Modellen auch für die 71 % der Erdoberfläche, die von Ozeanen bedeckt sind, berechnet wird.

Den typischen Verlauf der Erwärmung der Ozeane im Volumen durch den Zufluss von Solarenergie – verstärkt durch die energetische Rückkopplung des atmosphärischen Treibhauseffektes – zeigt dagegen die Abb. 1. Dabei wird der Zufluss von Energie mit der Erwärmung an den Umlauf des Wassers gekoppelt.



Abb.1. Typischer vertikaler Temperaturverlauf

Als Folge der Erwärmung nimmt die Dichte des Wassers ab. Es entsteht z. B. (bei einem mittleren Salzgehalt) aus einem Temperaturanstieg um 25 K ein Auftrieb von $3,5 \text{ Kg/m}^3$. Erwärmtes Wasser fließt nach oben ab, so dass der Wind den Antrieb schneller warmer Strömungen an der Oberfläche übernehmen kann. Auf der kalten unteren Seite der Kreisläufe erzeugt der mit dem Absinken des Wassers steigende Druck über die steigende Dichte mehr Abtrieb.



Abb. 2 Vertikaler Temperaturverlauf global. (Quelle Wikipedia)

Fazit: Aus der Atmosphäre eintreffende Strahlung wird im Volumen des Wassers der Ozeane absorbiert und in Wärme gewandelt und hat keinen Einfluss auf die Wasser- und Lufttemperatur an der Oberfläche. Das gilt auch für Beiträge des CO_2 unabhängig von seiner Konzentration. Der angebliche CO_2 Klimawandel wird zu einem unbegründeten unsinnigen Angstobjekt. Aus Sicht des Klimas gibt es daher keinen Grund für eine Energiewende, die einen Verzicht auf die Nutzung fossiler Brennstoffe einfordert.

Hinweise:

(1)

<https://de.scribd.com/document/632193222/Klima-IPCC-und-die-Wissenschaftler-der-Mehrheit>

(2)

<https://de.scribd.com/document/413528852/Atmospharisches-Kohlendioxid-tragt-nicht-zur-Erwarmung-bei>

(3)

<https://de.scribd.com/document/391176117/Erderwarming-Treibhauseffekt-und-Zeit-CO2-ist-klimaneutral>

Klima der Angst - Laufend Katastrophen- und Panikmeldungen

geschrieben von Admin | 15. Juli 2023

Der Dauerbeschuss mit (oft erfundenen) Panikmeldungen zum bevorstehenden Weltuntergang erzeugt echte Phobien, vor allem bei Jugendlichen. Medien und Organisationen beginnen jetzt, die von ihnen miterzeugten Psychosen zu bewirtschaften. Das eröffnet ganz neue, vielversprechende Geschäftsfelder.

Von Alexander Wendt

Was haben folgende Wortmeldungen und Beiträge gemeinsam? Zum einen der Hinweis auf beginnende Wüstenbildung durch die stellvertretende Bundestagspräsidentin Katrin Göring-Eckardt, zweitens die Katastrophenmeldung des Bayerischen Rundfunks über abschmelzende Gletscher im Mangfallgebirge, deren Verschwinden die Trinkwasserversorgung in München gefährdet, drittens die in einem Gespräch mit der NZZ von der Autorin und Degrowth-Expertin Ulrike Herrmann vorgetragene Prognose, die Ozeane könnten kein CO₂ mehr aufnehmen, ihre Speicherfähigkeit sei erschöpft und deshalb stehe eine Erderwärmung bis 2100 von sechs Grad bevor?

Gletscher könnten in zehn Jahren abgeschmolzen sein

Der sinkende Grundwasserspiegel bereitet der Umweltwissenschaftlerin aber noch aus einem anderen Grund Sorgen: "Ich sehe durchaus eine Trinkwasserknappheit auf München zukommen." In zehn bis zwölf Jahren, schätzt Mertens, könnten die Gletscher abgeschmolzen sein, die das Alpenvorland mit Wasser versorgen: "Das wird massive Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung haben", fürchtet Mertens, denn vor allem aus dem Mangfall- und Loisachtal bekomme die Stadt München ihr Trinkwasser.

Quelle: BR

Nichts davon stimmt. Noch nicht einmal teilweise. Bei der so genannten Lieberoser Wüste, die den von Göring-Eckardt auf Twitter kommentierten Artikel illustriert, handelt es sich um einen alten Panzerübungsplatz in Brandenburg, der 1942 entstand, als dort ein Waldstück abbrannte. Weil die Wehrmacht ihre Fahrzeuge kurz und die Sowjetarmee ihre Panzer dort ziemlich lange rollen ließen, blieb der sandige Boden auch anschließend weitgehend frei von Vegetation. An dem kleinen Brandenburger Wüstenfleck hat der Klimawandel also keine Schuld.

Abgesehen davon führt eine wärmere Durchschnittstemperatur langfristig zu mehr Niederschlag, nicht zu weniger. Seit 1910 stieg die jährliche Niederschlagsmenge in Deutschland um gut 10 Prozent. Für die Sommermonate gibt es allerdings keinen klaren Aufwärtstrend. Und München – so viel stimmt immerhin an dem BR-Alarm – bezieht den Großteil seines Trinkwassers tatsächlich aus dem Mangfallgebirge. Allerdings fließt kein Gletscherwasser von dort in die bayerische Hauptstadt und es schmelzen dort auch keine Gletscher klimabedingt oder überhaupt dahin – weil in den Bergen nahe der Mangfall überhaupt keine Gletscher existieren.

Jedenfalls nicht mehr seit Ende der letzten Eiszeit, die vor gut 12000 Jahren zu Ende ging. Der Mangfallgebirgsgletscher der ARD-Anstalt entspricht also ziemlich exakt der Göring-Eckardt-Klimawüste von Brandenburg. (Der Bayerische Rundfunk korrigierte sich immerhin später).

Die These von Herrmann, die Ozeane seien, wie sie wortwörtlich meinte, „voll“ und könnten kein Kohlendioxid mehr aufnehmen, besitzt die taz-Redakteurin und rührige Wachstumswarnerin völlig exklusiv. Ozeane nehmen nach wie vor mehr CO₂ auf als jedes andere System der Erde. In den oberen Breitengraden binden die Meere Kohlendioxid, in den unteren gasen sie auch CO₂ aus. Aber insgesamt nehmen sie mehr auf, als sie abgeben.

Mehrere Untersuchungen bestätigen, dass sich die Aufnahme proportional zum CO₂-Gehalt in der Atmosphäre entwickelt – steigt er, dann schlucken die Ozeane auch mehr. Einige Wissenschaftler prognostizieren, die Aufnahmefähigkeit könnte sich in Zukunft abschwächen. Andere sagen sogar voraus, sie könnte noch steigen. Aber wirklich keine ernstzunehmende Stimme stützt Herrmanns wirre Privatthesen. Und selbst die IPCC-Berichte gehen nicht von einer Erwärmung von 6 Grad in diesem Jahrhundert verglichen mit dem vorindustriellen Niveau aus.

In den drei Beispielen stellen Personen absurde Falschbehauptungen auf, Personen allerdings mit großer Reichweite besonders im Milieu der Klimakatastrophisten, die daran glauben, in einer globalen Endzeit zu leben. Die Liste lässt sich fortsetzen. Das neuste Bedrohungsnarrativ im Dreieck von Twitter, Medien und Politik lautet, dass Sommerwärme schon ab 30 Grad oder knapp darüber tödliche Folgen entfaltet. Wie sich menschliches Leben gerade in dicht besiedelten Weltgegenden wie Afrika, dem indischen Subkontinent und Südostasien überhaupt herausbilden und stabilisieren konnte, bleibt dabei unerörtert.

Auch hier tritt der Typus des Angstentertainers vor das Publikum: Wieder die Universalfachfrau Katrin Göring-Eckardt, neben ihr die auf Podien wie ARD-Presseclub, Spiegel Online und etlichen Konferenzen rastlos aktive Sara Schurmann und ein weiterer Grünen-Politiker, der alle, die den Nationalen Hitzeschutzplan Karl Lauterbachs nicht vollumfänglich für nötig halten, als bösartigen Klimakrisenrelativierer entlarvt.

ungefähr auf der Ebene von Wüstenbildung in Deutschland und tödlichen 32 Grad bewegt – nur etwas komplexer – bedienten kürzlich Außenministerin Annalena Baerbock, Arbeitsminister Hubertus Heil und das ZDF gemeinsam: Auf ihrer Brasilienreise verwendeten beide ausgiebig das Schlagwort vom Amazonasregenwald als „grüne Lunge der Erde“, die angeblich Sauerstoff für die ganze Welt erzeugt, den „wir brauchen für uns und unsere Kinder“ (Heil). Der Mainzer Sender transportierte die Botschaft der beiden Politiker nachdrücklich und ungeprüft.



Auswärtiges Amt

Die erste Station der beiden Minister ist Brasilia, die Hauptstadt des fünftgrößten Landes der Welt. Hier und in São Paulo wird Außenministerin Baerbock hochrangige politische Gespräche führen, unter anderem mit Brasiliens Umweltministerin und dem brasilianischen Vize-Präsidenten. Denn Wohlstand, Wachstum, wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Schutz unserer Lebensgrundlagen sind zwei Seiten derselben Medaille. Mit dem Amazonas-Regenwald – der grünen Lunge der Welt – und als zehntgrößte Volkswirtschaft der Erde ist Brasilien ein Schlüsselpartner für den globalen Klimaschutz. Unter Präsident Lula: Mercosur-Staaten – Brasilien, Argentinien, Paraguay – abzuschließen, das starke und robuste Lieferketten nachhaltig ist und effektiv den Regenwald schü

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/lateinamerika/reise-brasilien-kolumbien-panama/2600178>

Heil: Brauchen Amazonas als Lunge der Welt

Heil betonte, Deutschland habe Interesse an freiem Handel. "Aber wir müssen dafür sorgen, dass es ein fairer Handel ist."

Das gelte auch für ökologische Standards, "weil es nur ein Weltklima gibt" und weil das Amazonasgebiet "eine Lunge der Welt ist, die wir brauchen zum Atmen für uns und unsere Kinder". Die Menschen müssten zu fairen Arbeits- und Lohnbedingungen arbeiten können.

Die Mär vom Amazonasbecken als „Lunge der Welt“ wandert schon seit Jahren durch wissenschaftsferne Medien und politische Debatten, oft noch verbunden mit der Behauptung, der Regenwald in Brasilien und angrenzenden Ländern produziere 20 Prozent des weltweiten Sauerstoffs. Die Behauptung samt der frei erfundenen Zahl kursiert besonders wirkungsvoll seit 2019, nachdem der umweltbesorgte Schauspieler Leonardo di Caprio, der Fußballer Cristiano Ronaldo, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und andere sie in der Reaktion auf die Waldbrände in Brasilien verbreiteten (für die sich westliche Politiker und Multimillionäre bemerkenswerterweise nur in der Amtszeit des damaligen Präsidenten Jair Bolsonaro wirklich interessierten).

Die Legende von den 20 Prozent Sauerstoff für die Welt findet sich auch heute noch hier und da, etwa auf der Seite eines brasilianischen Öko-Reiseportals. Schon das Sprachbild von den „Lungen der Welt“ ist unsinnig; Lungen nehmen bekanntlich Sauerstoff auf, und stoßen Kohlendioxid aus. Dass die 20 Prozent bezogen auf den Sauerstoff der Erde unmöglich stimmen können, müsste schon jeder Absolvent eines jedenfalls früher üblichen Geographieunterrichts bemerken. Pflanzen können nicht mehr Kohlendioxid in Sauerstoff verwandeln, als die bodennahe Luft enthält. Der Gesamtanteil von CO₂ an der Erdatmosphäre beträgt 0,038 Prozent. Auch bei der Behauptung, der Amazonaswald würde 20 Prozent des Sauerstoffs produzieren, der weltweit durch Photosynthese entsteht, handelt es sich um eine Dauerfalschmeldung. Tatsächlich erzeugt er etwa neun Prozent des globalen Photosynthese-Sauerstoffs, bezogen auf die Menge, die an Land und durch Algen und Mikroben in den Ozeanen entsteht. Allerdings verbraucht das Ökosystem diesen Sauerstoff auch wieder komplett für sich selbst. Erstens dadurch, dass Pflanzen nachts durch zelluläre Respiration Sauerstoff konsumieren. Zweitens verwandeln hunderte Millionen Tiere im Amazonasregenwald das O₂ durch ihre Atmung wieder in Kohlendioxid. Das ausgedehnte Grün in Brasilien dient als wichtiger Süßwasserspeicher, es gehört zu den artenreichsten Gebieten der Welt; Gründe existieren also genug, um dieses Gebiet zu erhalten. Aber es gibt netto keinen Sauerstoff ab, weder für uns und unsere Kinder noch für den Rest der Welt.

Ohne mediale Verstärker gäbe es den Immerschlimmerismus nicht. Wie sich kontrafaktisch gleich mehrere Seiten mit Endzeitgrusel befüllen lassen, demonstrierte vor Kurzem die Zeit in einem umfangreichen Dossier über Australien, den „geschundenen Kontinent“. Von der Redaktion wie von den meisten Lesern ist das Beschreibungsobjekt so weit entfernt, dass sich nur wenige aufmachen dürften, um selbst nachzusehen. Jedenfalls halten keine der Stakkato-Behauptungen “Feuer, Fluten – und ein immer bleicheres Korallenmeer“ einer Überprüfung stand.



KLIMAWANDEL

Der geschundene Kontinent

Feuer, Fluten – und ein immer bleicheres Korallenmeer: Australien sammelt Katastrophenrekorde. Die Folgen der Erderwärmung verändern das Leben seiner Bewohner. Eine Reise durch ein viel zu heißes Land

Sowohl der Umfang der Buschfeuer als auch die Zahl der Opfer nehmen in Australien historisch ab statt zu, verglichen mit Riesenbränden wie dem von 1939 und 1974/75. Die Brände verursacht auch nicht der Klimawandel; sie entstehen entweder natürlich durch Blitzschlag oder durch Brandstiftung. Es gibt durchaus menschengemachtes Verhalten, das sie verstärkt: der Verzicht darauf, Totholz gezielt abzubrennen, um

die Brandlast zu verringern. Zum Zustand des Korallenmeers meldete das Australien Institute of Marine Science schon im August 2022 eine im Wortsinn flächendeckende Erholung der in der Tat früher angegriffenen Bestände: nämlich die größte Korallenbedeckung des Great Barrier Reef seit 36 Jahren.

Mittlerweile zeigt sich ein bemerkenswertes Phänomen in der Klima- und Klimaangstdebatte. Einerseits formieren sich die Kündler des nahenden Untergangs, die fast durchweg nicht aus dem Bereich der Wissenschaft stammen, von der Wüstenprophetin Göring-Eckardt, der Kapitalismusbekämpferin Herrmann, der Klimajournalistin Schurmann über Amazonaskenner im Bundeskabinett bis zu ARD- und Zeit-Mitarbeitern, die zur Gletscherschmelze vor ihrer Haustür oder zum Korallentod weit weg erschütternde Berichte verfassen, immer verbunden mit der Zeitansage fünf vor Zwölf, also dem Hinweis, dass nur noch zwei, fünf oder zehn Jahre beiben, um den Menschheitsuntergang zu verhüten.

Auf der anderen Seite stehen Wissenschaftler, die beispielsweise erklären, warum der Amazonas nicht als Weltlunge funktioniert und Klimaforscher wie Hans von Storch, Judith Curry und andere, die den Domsday-ism, die ständige Drohung mit Kippunkten und dem bevorstehenden jüngsten Klimagericht ausdrücklich für schädlich erklären. Erstens, weil der Daueralarmton eine rationale Debatte zerstört. Und zweitens, weil inzwischen schon zahllose verstrichene Kippunktprognosen und Ultimaten in den Archiven liegen.

Teilen



0

WISSENSCHAFT
13.12.2007 10:43

DAS EIS SCHMILZT!

Arktis könnte bis 2013 im Sommer eisfrei sein



THEMEN WISSEN & UMWELT

Eisfreie Arktis?

29.12.2008



Die Erde erwärmt sich schneller als erwartet. So könnte die Arktis schon im Sommer 2015 eisfrei sein - dieses Thema und mehr in der Sendung.

Arktis im Sommer wohl schon bald eisfrei

Selbst bei geringen Emissionen könnte die Arktis schon in den Dreißigerjahren eisfreie Sommer erleben. Forscher der neuen Studie mahnen, sich auf wandelnde Ökosysteme schnellstmöglich vorzubereiten.

06.06.2023, 17:03 Uhr



Greta Thunberg
@GretaThunberg

"A top climate scientist is warning that climate change will wipe out all of humanity unless we stop using fossil fuels over the next five years."
gritpost.com/humans-extinct...

11:18 AM · Jun 21, 2018

203 Retweets 707 Quote Tweets 332 Likes

Nur zeichnen sich wissenschaftliche oder zumindest wissenschaftsnahe Texte etwa über den Sauerstoff-Kohlenstoff-Austausch im Amazonas oder Schwankungen der Meerestemperatur durch Länge und eine gewisse Komplexität aus, zumindest im direkten Vergleich mit dem Tweet einer Grünenpolitikerin oder der Kapitalismus-abschaffen-wegen-Klima-Lehre einer taz-Autorin. Aus dem gleichen Grund sitzen eine Katrin Göring-Eckardt und eine Luisa Neubauer sehr viel häufiger zu Klimathemen in Fernsehstudios als etwa ein Hans von Storch. Er versteht etwas von der Materie.

Aus Sicht von Redaktionen und Talkshowmoderatorinnen disqualifiziert ihn das für die Art Sendung, die sie produzieren. Das heillose Schwatzen stellt mittlerweile eine Grundvoraussetzung dar, um große Podien der Aufmerksamkeitsökonomie erklimmen zu können, ob es sich nun um einen Erfinder wundersamer, aber leider nie gesehener Energieerzeugungsanlagen in Afrika handelt, Klimaesoteriker oder andere Quackperten. Wer öffentlich-rechtliche Sender konsumiert, bestimmten Leuten auf Twitter folgt und oder zu einer Instagram-Gruppe von Anhängern der "Letzten Generation" gehört, lebt also in einer Art ständigem Partikelschauer der Meldungen vom bevorstehenden Weltenende.

Berichte über Wüstenbildung vor Berlin, bevorstehenden Trinkwassermangel in München, Hitzschlag im Juli und austrocknende Seen bleiben nicht ohne Wirkung. Es gibt gerade unter den Jüngeren mit meist sehr schütterten naturwissenschaftlichen Kenntnissen nicht wenige, die fest daran glauben, demnächst klimabedingt zu verbrennen, zu ertrinken, zu verdursten und nicht mehr genügend Sauerstoff zu bekommen, jedenfalls dann, wenn die Regierung nicht sofort allerradikalste Maßnahmen ergreift.

Das führt zu Teil zwei des Angstklimas. Wo mediale Wüsten wachsen, blühen ganz real existierende Psychosen und Neurosen wie noch nie. Das entgeht vielen Medien nicht – vorzugsweise denen, die das Dauerfeuer der apokalyptischen Nachrichten in Gang halten. Sie beginnen neuerdings auch die Angst selbst zu kultivieren und zu bewirtschaften. Beispielsweise das WDR-Format Quarks, das seine selbstgewählte Identität als Wissenschaftsmagazin auslebt. Unter der Überschrift „Darum müssen wir über Klimaangst sprechen“ zählt Quarks auf, wie stark der Katastrophismus schon wirkt:

„In der Wissenschaft ist ‚Klimaangst‘ längst ein eigener Forschungsbereich. Es gibt immer mehr Hinweise darauf, dass das Phänomen tatsächlich weit verbreitet ist und in den vergangenen Jahren zugenommen hat. [...] ‚Vor allem 16- bis 25-Jährige verspüren Ängste‘, sagt Gerhard Reese, Professor für Umweltpsychologie an der Universität Koblenz-Landau. In der Sinus-Jugendstudie 2021 gaben knapp 40 Prozent der Befragten an, große Angst vor der Klimakrise zu verspüren. Ihre drei größten Sorgen in diesem Kontext sind laut der Studie, dass extreme Wetterereignisse zunehmen, dass der Lebensraum von Tier und Mensch verloren geht und dass die Pole abschmelzen. Auch die internationale Studie von der University of Bath im Vereinigten Königreich zeigt die Bedeutung von „Klimaangst“ unter jungen Menschen. 60 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus zehn Ländern gaben an, besorgt über die Klimakrise zu sein. 45 Prozent gaben sogar an, diese Sorgen würden ihren Alltag bestimmen.“

Darum müssen wir drüber sprechen:

Solche Ängste nehmen zu – insbesondere bei jungen Menschen

In der Wissenschaft ist "Klimaangst" längst ein eigener Forschungsbereich. Es gibt immer mehr Hinweise darauf, dass das Phänomen tatsächlich weit verbreitet ist und in den vergangenen Jahren zugenommen hat.

Die Folgen der Klimakrise für die Psyche wurden 2022 sogar erstmals im Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) erwähnt. Und zwar nicht nur das direkte Erleben von zum Beispiel extremen Wetterereignissen, sondern auch die Sorge, dass solche Ereignisse häufiger auftreten könnten. Laut IPCC-Bericht sei davon auszugehen, dass diese Angst in Zukunft zunimmt.

Problematisch findet das WDR-Magazin daran eigentlich nur den Begriff „Klimaangst“ – denn der suggeriere, es handle sich um eine Krankheit,

zumindest um einen unangemessenen Reflex, und nicht etwa, wie Quarks erklärt, um eine „normale und gesunde Reaktion“. Auch die oben schon zitierte Zeit entdeckt die Klimaangst für sich und ihre Leser:

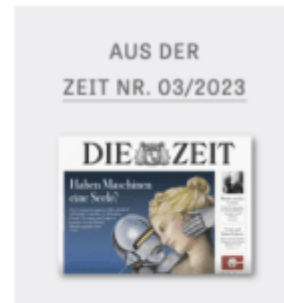
Klimastudie

Was hilft gegen Klimaangst?

Alarmierende Studien können Menschen sehr wohl zum Handeln motivieren.

Von **Fritz Habekuß** und **Maximilian Probst**

Aktualisiert am 13. Januar 2023, 8:44 Uhr ⓘ / [63 Kommentare](#) / 



Klimaangst

Wenn das Klima die Psyche krank macht

Die Nachfrage nach Therapie wird enorm steigen, warnen Psychiater. Doch wie therapiert man eine Angst, die vollkommen berechtigt ist? In Holland gibt es erste Antworten.

Von **Anna Scheld**

21. Juni 2023, 16:49 Uhr / [63 Kommentare](#) / 

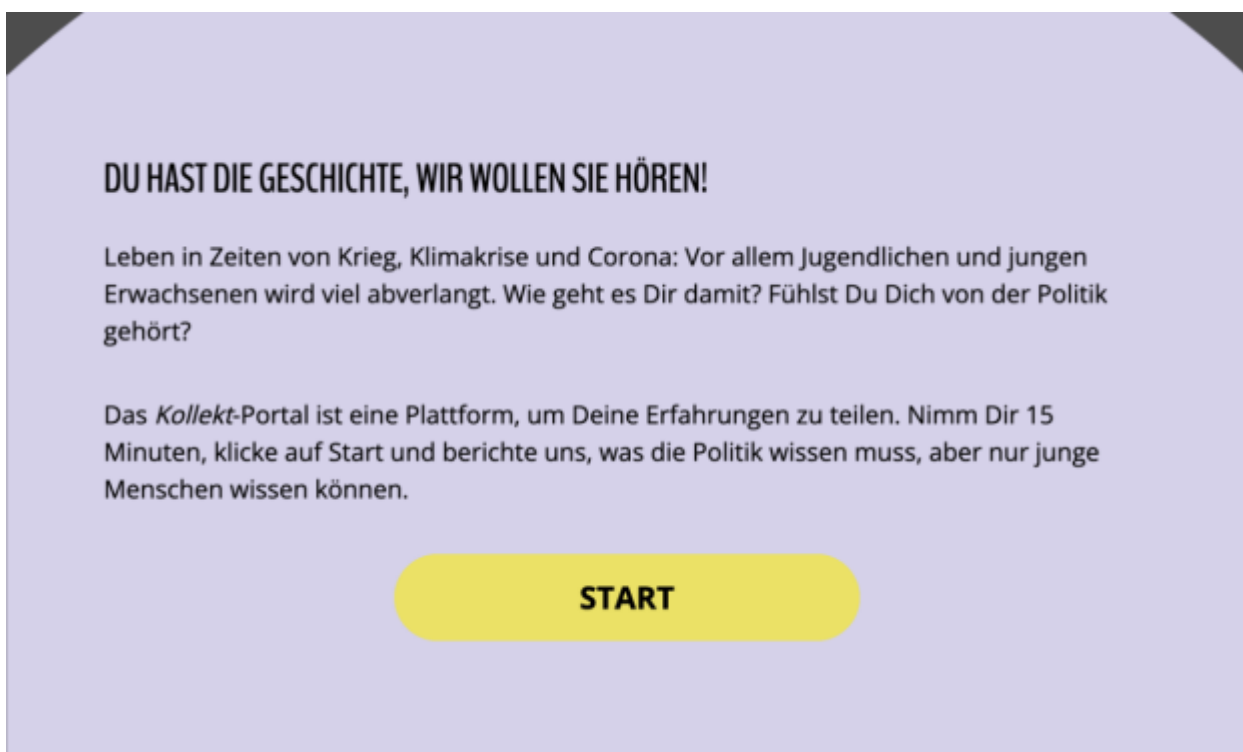


Wie, fragt sie, lasse sich mit dieser Angst umgehen? Sie sei jedenfalls „nichts, was man wegtherapieren sollte“, denn sie sei schließlich nicht eingebildet. (Was, ganz nebenbei, für ein bemerkenswertes Unverständnis von therapiebedürftigen Ängsten spricht: Die meisten Ängste, mit denen sich Psychotherapeuten beschäftigen, entspringen ja auch nicht der bloßen Phantasie, etwa Angst vor Krankheit, Alter und Einsamkeit.)

Der amerikanische Psychologe und Autor Jonathan Haidt beschäftigt sich schon länger mit der messbaren Tatsache, dass etwa seit 2015 die psychischen Probleme von Teenagern stark zunehmen. Den Hauptgrund sieht er in der exzessiven Nutzung von Social Media-Plattformen.

Die Ausbreitung von Angststörungen und Isolationsgefühlen gerade bei Jüngeren dürfte auch in der Coronazeit noch einmal einen starken Schub

erfahren haben, als beispielweise in Deutschland ein Papier des Innenministeriums ausdrücklich zur Verbreitung von Angst- und Schuldgefühlen riet, unter anderem dadurch, dass Kindern eingeredet werden sollte, sie würden durch mangelnde Vorsicht ihre Eltern töten. Die systematische Klimaangsterzeugung („ich will, dass ihr in Panik geratet“ – Greta Thunberg) fügt sich in ein größeres Bild. Ihre Besonderheit liegt darin, dass erstens die gleichen, die sie verursachen, inzwischen auch systematisch verwerten. Psychosen müssen nicht nur gezüchtet, sondern auch geerntet, zu Sträußen gebunden und den Betroffenen zurückverkauft werden. Nach diesem Muster entsteht gerade ein neuer vielversprechender Wirtschaftszweig, zu dem in Kürze mit Sicherheit beispielsweise eine eigene Klimaangst-Ratgeberliteratur gehört, die sich in Buchhandlungen auf einem Extratisch neben den Thunberg-, Neubauer und Schellnhuber-Werken stapelt, aber auch Angstberater an Schulen, mit Steuergeld entlohnte Gutachter, Sonderforschungsbereiche und vieles mehr. Angstpolitik – Peter Sloterdijk prägte dafür den schönen Begriff ‚Phobokratie‘ – eignet sich auch dafür, politische Bildungen zu erzeugen. Das „Kollekt-Portal“ des „Progressiven Zentrum“, einer Denkfabrik für Gesellschaftstransformation etwa fordert verängstigte Jugendliche auf, „ihre Geschichte“ zu erzählen („wir wollen sie hören“).



DU HAST DIE GESCHICHTE, WIR WOLLEN SIE HÖREN!

Leben in Zeiten von Krieg, Klimakrise und Corona: Vor allem Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird viel abverlangt. Wie geht es Dir damit? Fühlst Du Dich von der Politik gehört?

Das *Kollekt*-Portal ist eine Plattform, um Deine Erfahrungen zu teilen. Nimm Dir 15 Minuten, klicke auf Start und berichte uns, was die Politik wissen muss, aber nur junge Menschen wissen können.

START

Angst als Lebenszustand wirkt lähmend für den, der an ihr leidet. Sie macht unproduktiv. Für denjenigen, der Ängste bewirtschaftet, entfaltet dieser Zustand – jedenfalls, wenn er andere betrifft – durchaus belebende Wirkung. Dauerverängstigte finden sich eher als ausbalancierte Menschen dazu bereit, politischen Maßnahmen bedingungslos zuzustimmen, solange sie Schutz versprechen. Angst konditioniert. Sie führt dazu, dass die chronisch Furchtsamen sich selbst und ihrer Wahrnehmung nicht mehr trauen.

Für sie entwickelt die Zeit Online gerade ein neues Format: die Plattform, so liberal wie „Quarks“ wissenschaftlich, fordert seine Leser auf, gern auch anonym ihre geheimsten Verbotsphantasien aufzuschreiben. Nicht etwa Verbote für andere, sondern für sich selbst:

„'Protect me from what I want' lautet ein berühmter Slogan der US-amerikanischen Künstlerin Jenny Holzer: Schütze mich vor dem, was ich mir wünsche. In diesem Sinne möchten wir Sie fragen: Worauf würden Sie zwar niemals freiwillig verzichten, aber heimlich dankbar für eine staatliche Regulierung sein? Wovon würden Sie gern abgehalten werden? Von lauen Grillnächten mit Discounterwürstchen? Lustvollem Rasen auf der A2? Spontanem Inlandsflug nach Köln? Oder würden Sie sich am liebsten direkt den Diesel wegnehmen lassen? Sind Verbote wirklich so schlimm, wie sie sich anfühlen? Nehmen sie denen Möglichkeiten weg, die ohnehin schon wenig haben?

Erzählen Sie uns von Ihrer heimlichen Verbotsforderung im Formular, in den Kommentaren oder schreiben Sie eine Mail an community-redaktion@zeit.de. Ausgewählte Beiträge wollen wir auf ZEIT ONLINE veröffentlichen, auf Wunsch auch anonymisiert.“

Klimapolitik

Was soll Ihnen verboten werden?

Einschränkung macht keinen Spaß. Fürs Klima jedoch ist sie unerlässlich.
Von welchen Klimasünden soll der Staat Sie abhalten?

8. Juli 2023, 20:28 Uhr / [782 Kommentare](#) / 

Auch hier tun sich Marketingmöglichkeiten auf. Als Abopremie beispielsweise statt Espressomaschine die neunschwänzige Katze aus Naturkautschuk. Es muss sich auch nicht jeder unbedingt selbst geißeln. Auch das nehmen Fachkräfte gegen Zahlung gern in ihre Hände. Sämtliche Phobogeschäftsmodelle zeichnen sich im Wortsinn durch Nachhaltigkeit aus. Angst ist ein Stoff, der sich spielend leicht erneuern lässt.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Gesetze im Galopp gestürzt

geschrieben von Admin | 15. Juli 2023

Selten sorgte ein zurückgetreten-wordener Staatssekretär für so viel politische Bewegung. Der Entwurf eines Gebäudeenergiegesetzes wirkt wie die Rache Graichens und könnte zum Kipppunkt grünroter Staatsdoktrin werden. Unterdessen sinkt das Niveau der Bundestagssitzungen immer mehr.

Von Frank Hennig

Pünktlich zur Sommerpause wollte die Ampelregierung eilig zwei Gesetzentwürfe durch den Bundestag schieben, die in der deutschen Parlamentsgeschichte ganz besondere sind. Gelungen ist es bei beiden nicht.

Zum einen ging es um das „Energieeffizienzgesetz (EnEfG)“. Dieses ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass etwas anderes drin- als draufsteht. Um Effizienz geht es nur am Rande, im Mittelpunkt steht die Senkung des Energieverbrauchs bis hin zu dessen Deckelung. Das Ganze verpackt in ein hochbürokratisches Verfahren mit Zielzahlen, mit Auflagen und Berichtspflichten sowie Zwang zu zertifizierten Managementsystemen. Speziell ins Visier genommen wurden dabei die Betreiber von Rechenzentren. Diese stehen zwar für nur drei Prozent des Stromverbrauchs, erfreuen sich aber besonderer staatlicher Beachtung.

Der Zwang zur Nutzung der Niedertemperatur-Abwärme errichtet für die Betreiber der Rechenzentren eine große Hürde. Die Abwärmenutzung soll festgeschrieben werden, bevor es die kommunalen Wärmeplanungen gibt. Auch dies ein Strickfehler, geschuldet der Hast im Verfahren. Die hessische Ministerin für Digitales, Dr. Kristina Sinemus, stellte im Plenum nochmals die sich ergebenden Probleme für die besonders in ihrem Bundesland gelegenen Rechenzentren dar, auch das half nicht gegen den regierenden Starrsinn.

Absehbare Folge dieses Gesetzes wird sein, dass in Deutschland kaum noch Rechenzentren gebaut werden. Vollmundige Ankündigungen zur schnellen Digitalisierung im fortschrittsgrünen Deutschland werden sich nicht erfüllen. Man wird im Ausland rechnen lassen müssen, allen deutschen Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes zum Trotz.

Die Abstimmung scheiterte, da dieser letzte Tagesordnungspunkt vor der Sommerpause für viele Abgeordnete offenbar nicht mehr interessant genug war und die Beschlussfähigkeit nicht mehr erreicht wurde. Obwohl die dürftige Teilnehmerzahl schon rein optisch erkennbar war, bedurfte es einer Intervention der AfD, per Hammelsprung die Nicht-Beschlussfähigkeit feststellen zu lassen. Nur 241 der nötigen 50 Prozent der Mandatsträger (369) waren noch anwesend. Es bleibt die Frage: Bundestag – Kindergarten oder Laienspielgruppe? Wie ernst nehmen Leute

mit fünfstelligen steuerfinanzierten Gehältern und zahlreichen weiteren Privilegien ihre Aufgabe?

Die Klimarettungsillusion

Der Versuch, das „Gebäudeenergiegesetz (GEG)“ über eine Formulierungshilfe noch schneller durchzudrücken, ist hingegen am Bundesverfassungsgericht vorerst gescheitert. Im Vergleich zu seinem ersten Entwurf war es zwar abgeschwächt und quergewaschen worden, es blieb aber unübersichtlich und voller offener Fragen. Es wäre vor allem hinsichtlich der Emissionen weitgehend wirkungslos. Ein halber Werktag und ein Wochenende blieben Parlamentariern und Sachverständigen Zeit zur Vorbereitung auf eine öffentliche Anhörung. Dort wurden im Grunde mehr Fragen gestellt als Antworten gegeben.

In seiner Stellungnahme wies der Sachverständige Professor Fritz Söllner von der Technischen Universität Ilmenau nach, dass der Einsatz von Wärmepumpen bei einem Strommix von 2021 eine CO₂-Ersparnis von ganzen sieben Prozent gegenüber Gas-Brennwertheizungen bringen würde. Sektorziele vor dem Hintergrund des europäischen Emissionshandels seien ohnehin unwirtschaftlich und auch unökologisch, eine Regulierung sei bereits durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) von 2021 gegeben. Erhellend ist seine Darstellung der gegenläufigen Wirkung nationaler Maßnahmen zum internationalen Emissionshandel. Wird eine Emissionssenkung zum Beispiel durch den Einsatz von mehr Wärmepumpen wirklich erreicht, entlastet das die Zertifikatepreise, verringert aber nicht deren Volumen. Am Ende bleiben die Emissionen unverändert. Die Ersparnis im Gebäudesektor würde man sich zu spezifischen Kosten von über 1.800 Euro pro Tonne erkaufen, der Effekt würde über den internationalen Handel wieder verpuffen. Die Zertifikatepreise liegen derzeit bei etwa 90 Euro pro Tonne.

Die Regierung ist buchstäblich auf der Jagd nach jedem Kilogramm CO₂. Über das GEG könnten nach Regierungsangaben 42,5 Millionen Tonnen des Treibhausgases gespart werden – bis 2030. Wie wahrscheinlich ist es, dass 80 Prozent „Erneuerbare“ im Strommix von 2030 erreicht werden? Die Emissionen werden zunächst steigen, der Weiterbetrieb der letzten drei Kernkraftwerke hätte jährlich 20 bis 30 Millionen Tonnen des Treibhausgases vermieden. Minister Habeck kündigte an, dass die beiden zur Stilllegung vorgesehenen 500-Megawatt-Braunkohleblöcke E und F im Kraftwerk Jänschwalde im kommenden Winter wieder gebraucht werden. Nehmen wir an, sie laufen über acht Wochen auf Vollast, so wären das zusätzliche 1,4 Millionen Tonnen CO₂.

Nun sollen noch zahlreiche Gaskraftwerke gebaut werden, was derzeit noch von der EU verhindert wird, aber dringend notwendig wäre und die vor allem zeitnah gebraucht würden. Deren Emissionen überkompensieren jegliche Einsparungen im Gebäudebereich. So lässt sich das globale Klima nicht „retten“ und am Ende schafft das GEG nur Verlierer.

Was kostet die Welt?

Die Regierung bleibt sich treu darin, CO₂-Emissionen senken zu wollen, koste es, was es wolle. Bisher warf die Ampel dafür mit Steuergeld um sich. Nach 23 Jahren des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) wird die bisherige Umlage auf den Strompreis inzwischen durch Steuergeld finanziert. Nach 23 Jahren ist es nicht gelungen, die Windkraft marktfähig zu machen. Weil der Wind zwar keine Rechnung schickt, aber das Einsammeln der Energie bewegter Luft über große Flächen seinen Preis hat, musste der Höchstwert der Auktionen von 5,88 auf 7,35 Cent pro Kilowattstunde erhöht werden. Das hinderte Kanzler Scholz nicht daran, in der Regierungsbefragung am 5. Juli von künftig stark sinkenden Strompreisen zu sprechen. Mehr Realitätsverdrängung ist selten. Dem Gesetzentwurf liegt auch der Vorwand zu Grunde, man müsse die Bürger vor stark steigenden Öl- und Gaspreisen „schützen“ – für die man selbst nach Kräften sorgt durch die Anhebung des CO₂-Preises von 30 auf 35 Euro pro Tonne zum 1. Januar 2024. Der Anstieg des Strompreises ist hingegen völlig unkalkulierbar, aber unvermeidlich.

Der Gesetzentwurf ist der lange Schatten Graichens. Wohl noch nie hat ein Staatssekretär in seiner Ahnungslosigkeit und Arroganz in so kurzer Zeit so viel gesellschaftlichen Schaden angerichtet. Minister Habeck hat einen gefestigten grünen Klassenstandpunkt, er wird den Gesetzentwurf nicht einkassieren, was die einzig richtige Reaktion wäre. Nach dem erzwungenen Rausschmiss des Sekretärs war das Festhalten am verkorksten Gesetzentwurf ideologische grüne Pflicht, ansonsten drohte das Eingeständnis des Versagens – nicht nur Graichens.

Mit dem GEG versuchen die Grünen, ihren totalitären Politikstil in der Regierung umzusetzen. Wie schon die baden-württembergische Landesvorsitzende Sandra Detzer am 20. November 2021 in der WELT sagte: „Wo wir Grünen an die Schalthebel der Macht kommen, werden wir nicht mehr verhandeln.“ Noch Fragen?

Das Kalkül, den Gesetzentwurf vor der Sommerpause durchzuziehen, um die katastrophalen politischen wie handwerklichen Fehler in der Gesetzgebung dem Vergessen anheimfallen zu lassen, wird dieses Mal nicht aufgehen. Bisher gab es die erfolgreiche Praxis, ausreichend lange vor Wahlen Nebenschauplätze zu eröffnen und Versprechen abzugeben. In der Tat neigt offenbar die Mehrheit der Bevölkerung dazu, die politischen Fehlentscheidungen einer Legislaturperiode am nächsten Wahltag wieder vergessen zu haben. Das Gedächtnis ist löchrig, so gesehen ist Olaf Scholz einer von uns.

Das störrische Wahlvolk

Bei den nächsten Wahlen wird es anders sein. Die Regierung will per GEG über das persönliche Vermögen der Bürger bestimmen und sie zwingen, es zu Zwecken einer vermeintlichen globalen Klimarettung auszugeben. Teils jahrzehntelang erspartes und erarbeitetes Vermögen soll nicht mehr den

persönlichen Entscheidungen der Bürger überlassen bleiben, sondern von der langen Krallen des übergriffigen Staates ausgekehrt werden.

Die eigene Immobilie als Altersvorsorge droht zum Risiko und zum Fass ohne Boden zu werden. Ein Verkauf wird mit Wertverlust verbunden sein. Und wo soll man dann wohnen? Die Bundesregierung wird ihr Ziel von 400.000 neuen Wohnungen in diesem Jahr krachend verfehlen und für die nächsten Jahre kann man auf Grund der bekannten Probleme nicht optimistisch sein.

Steigende Energiepreise sowie der Schatten der EU-Gebäuderichtlinie, die bis 2030 einen großen Teil der Gebäude zu Sanierungsfällen machen wird, verdunkeln ehemals etablierten Immobilienbesitzern, Omas mit ihrem Häuschen und am Ende auch Mietern die Zukunft. All dies wird das Wahlvolk nicht an der Urne vergessen, auch wenn es in Bayern und Hessen um Landespolitik geht. Wähler suchen Schuldige wie Politiker auch.

Warum überhaupt dieses Gesetz in dieser Eile, was steckt dahinter? Dass wir das globale Klima durch solche Gesetzeswerke nicht retten können, ist auch den Initiatoren klar. In Wahrheit soll immer mehr Geld der Bürger in „all-electric“ sowie den Energie- und Klimafonds fließen, um dann, begleitet von der immerwährenden Forderung „wir brauchen mehr Erneuerbare“, dieses Geld in genau diese Branche umzuleiten. Die Ansage, das Geld würde an die Bürger zurückgegeben (was ohnehin ein bürokratisches Rechte-Tasche-Linke-Tasche wäre) stammt noch aus dem vergangenen Wahlkampf und ist mit Ausnahme diverser „Bremsen“ nie umgesetzt worden. Desgleichen die Absicht, die Stromsteuer oder andere Steuern und Abgaben auf den Strompreis senken zu wollen.

Nach der Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts wäre die einzig richtige Entscheidung, den Gesetzentwurf komplett vom Tisch zu nehmen. Er ist angesichts der erwartbaren geringfügigen Emissionssenkungen und der immensen Kosten und Nachteile völlig kontraproduktiv. Es ist Unsinn, das Haus zur Heizung passend machen zu wollen, anstelle für jedes Haus die optimale Heizung zu finden. „Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.“ Diesen Spruch Montesquieu sollte man auch aus Gründen des Bürokratieabbaus beherzigen.

Kann man der verunsicherten Bevölkerung etwas raten? Keinesfalls sollten überstürzte Entscheidungen getroffen werden, diese könnten sich als falsch erweisen. Gelassenheit sollte vorherrschen, die Südeuropäer machen es uns vor. Eine Heizungspolizei wird selbst in Deutschland nicht durchsetzbar sein. Hektisch gezimmerte nationale Gesetze werden eine überschaubare Halbwertszeit haben. Die Gesetzgebungsmaschinerie ist zu jähen Wendungen fähig. Von der Subventionierung der Gasbrennwerttechnik bis zu deren beabsichtigtem Verbot hätten nach dem Willen des Klimaministeriums ganze 16 Monate gelegen. Das GEG wird im Herbst beschlossen werden, vermutlich kaum besser als der jetzige Entwurf. Der Souverän sollte Ruhe bewahren. Im Fußball ist der flache Ball der sichere. Die nächsten Bundestagswahlen finden 2025 statt.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier